

MONITOR

SICHERHEIT

Einsatzfähige und nachhaltig ausgerüstete Bundeswehr

Wie Deutschland zum Rückgrat der Abschreckung und kollektiven Verteidigung Europas wird.

Alexander Schuster

- › Russland ist spätestens seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine wieder zu einer Bedrohung für ganz Europa geworden
- › Landes – und Bündnisverteidigung hat, zum ersten Mal seit Ende des Kalten Kriegs, wieder oberste Priorität für die Bundeswehr und die NATO-Verbündeten
- › Die Bundeswehr muss wieder kriegstüchtig gemacht werden. Die großen Lücken bei Munition und militärischem Gerät müssen schnell geschlossen werden
- › Die Rüstungsindustrie ist ein elementarer Baustein für eine gelingende sicherheitspolitische Zeitenwende
- › Die deutsche Rüstungsindustrie muss gefördert werden: Waffenexporte müssen vereinfacht, Planungssicherheit muss hergestellt und die Finanzierung sichergestellt werden

Inhaltsverzeichnis

Ein Dreiklang zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie	2
1. Waffenexporte vereinfachen	3
2. Planungssicherheit gewährleisten und Wettbewerbsfähigkeit steigern	4
3. Rüstungsindustrie aufwerten	4
Die Pflichten der Rüstungsindustrie	5
Wir können uns keine Berührungängste mit unserer Rüstungsindustrie mehr leisten	6
Impressum	7
Der Autor	7

Russland hat spätestens mit dem Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 die bestehende Friedensordnung in Europa aufgelöst. Der Krieg ist damit nach Europa zurückgekehrt. Die Bedrohungslage für die Staaten Europas hat sich seitdem verändert: Russland hat bewiesen, dass es eine revisionistische Großmacht ist, die eine regelbasierte Weltordnung durch ein primitives Recht des Stärkeren ersetzen möchte. Die Bundesregierung hat mit der ausgerufenen Zeitenwende versprochen, Deutschland sicherheitspolitisch wieder handlungsfähig zu machen. Dieses Versprechen droht jedoch angesichts zu geringer Budgets und einer halbherzigen Beschaffungsstrategie zu scheitern. Die deutsche Rüstungsindustrie ist elementarer Baustein für ein Gelingen der sicherheitspolitischen Zeitenwende in Deutschland. Sie muss als Garant deutscher und somit europäischer Sicherheit begriffen werden. Deutschland ist das bevölkerungsreichste und volkswirtschaftlich stärkste Land in der EU. Damit hat Berlin auch die Verantwortung, verstärkt für die eigene Sicherheit und für die unserer Verbündeten einzustehen. Die Bundesrepublik ist NATO-Verbündete und Rahmennation für osteuropäische Partner. Die Notwendigkeit zur glaubwürdigen Abschreckung im Rahmen der NATO und vor allem die eines deutschen Beitrages wurde in den Jahren nach dem Kalten Krieg nicht gesehen. Doch genau hierfür braucht es eine starke deutsche Rüstungsindustrie. Deutschland muss für seine Wehrindustrie Rahmenbedingungen schaffen, die sie konkurrenzfähig und leistungsstark macht.

Ein Dreiklang zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie

In Zeiten der Friedensdividende und mangels Planungssicherheit wurden viele Produktions- und Fertigungskapazitäten hierzulande abgebaut. Der Leopard II konnte beispielsweise Ende der 1980er Jahre am Fließband produziert werden, heute ist der gleiche Panzer ein Manufakturprodukt. Das liegt nicht an den mangelnden Fähigkeiten der Industrie, sondern an den finanziellen und strukturellen Möglichkeiten zur Abnahme auf Seiten der Besteller. Die Regierung sollte drei Maßnahmen zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie umsetzen:

1. Waffenexporte vereinfachen

Bisher können die meisten, von der Bundeswehr genutzten Systeme aus deutscher Produktion nur an andere NATO- oder EU-Partner problemlos exportiert werden.¹ Die Märkte sind allerdings schwer umkämpft, da in Europa und den USA zahlreiche leistungsfähige und innovationsstarke Rüstungsunternehmen sitzen. Die meisten Staaten möchten primär die eigene Industrie unterstützen und kaufen daher heimische Produkte. Das ist jedoch nur ein Faktor, der den Rüstungsmarkt so stark umkämpft macht. Der Kauf von Rüstungsprodukten berührt das Kerninteresse jedes Staats: Die eigene Sicherheit. Daher werden, soweit vorhanden, heimische Rüstungsgüter gekauft, um sich in diesem sensiblen Bereich nicht von anderen Staaten abhängig zu machen. Ein weiteres Problem für die deutsche Rüstungsindustrie ist, dass der Export in abnahmewillige Drittstaaten beinahe unmöglich ist.

Eine Einzelfallentscheidung ist vorgeschrieben. Diese Regelung beschert der deutschen Rüstungsindustrie im internationalen Vergleich einen erheblichen Wettbewerbsnachteil.² Die Möglichkeit, leichter an Drittstaaten zu exportieren, brächte große Vorteile mit sich: Die Waffensysteme der Bundeswehr sowie deren Ersatzteile würden für die Bundesrepublik erheblich günstiger im Einkauf werden, da durch Skaleneffekte die Produktion der Rüstungsgüter für die Industrie günstiger würde. Der Export deutscher Waffensysteme sollte dennoch auch in Zukunft einer klaren Priorisierung folgen. Die Versorgung der Bundeswehr mit benötigten Waffensystemen, Ersatzteilen und Munition muss Vorrang haben. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich eine entsprechende Auftragslage von Seiten der Bundesregierung. Die Belieferung unserer NATO- und EU-Partner mit Wehrtechnik und Munition sollte bei allen Exportüberlegungen bevorzugt gehandhabt werden. Eine vereinfachte und verlässliche Exportregelung, um demokratische Partnerstaaten mit Waffensystemen zu beliefern (z.B. Israel oder Südkorea), ist ebenso beizubehalten. Der Export an Drittstaaten sollte aber ebenfalls überdacht werden. Waffenexporte können ein mächtiges Instrument der Außenpolitik gegenüber Staaten sein, die keine Wertepartner sind, aber wichtige strategische Partner werden können. Sie könnten Staaten auch über Regime hinweg an die Bundesrepublik binden und so Berlins Einfluss in geopolitischen Schlüsselregionen ausbauen.³ Die Rüstungsexporte nach Ägypten und Algerien sind ein Schritt in diese Richtung.

Obwohl der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist und Russland eine Kriegswirtschaft betreibt, bleiben entscheidende Schritte zur Wiederbelebung der deutschen Verteidigungsindustrie aus: Die in Zukunft noch wichtigeren europäischen Rüstungskooperationsprojekte können mit den strikten deutschen Exportregeln ökonomisch schwer erfolgreich werden, da meist nur die Kooperationsstaaten der Rüstungsprojekte als Abnehmer in Frage kommen. Der Begriff *german-free* ist mittlerweile auf internationalen Rüstungsmessen ein Verkaufsargument, da so reibungslose Lieferungen von Rüstungsgütern garantiert werden.

Mit dem von der derzeitigen Bundesregierung geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) würde sich die Situation noch verschlimmern. Bei der derzeit diskutierten Mehrheits-/Minderheits-Regel im Zuge des REKG wäre – bei Exportentscheidungen zu Rüstungsgütern aus Kooperationen – der Grad der Beteiligung deutscher Rüstungsunternehmen ausschlaggebend. Damit wäre garantiert, dass bei Rüstungskooperationsprojekten die europäischen Partner darauf drängen werden, deutsche Unternehmen nur in einer Minderheitsbeteiligung in Projekte einzubeziehen. Eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Exportregeln sowie feste Bearbeitungszeiten der Anträge würden der Industrie die nötige Planungssicherheit gewähren.⁴

2. Planungssicherheit gewährleisten und Wettbewerbsfähigkeit steigern

Da die deutsche Rüstungsindustrie wie ein „normaler“ Wirtschaftsbetrieb agieren muss, wurden in den vergangenen 30 Jahren Stellen abgebaut und Produktionslinien eingestampft. Es fehlte an langfristigen Perspektiven. Um die von der Bundesregierung ausgerufenen „Zeitenwende“ nicht nur in den Finanzen und im Personal, sondern auch im nötigen Material, nachhaltig umzusetzen, braucht die Industrie Planungssicherheit. Sie muss als strategisches Asset begriffen werden. Das Verteidigungsministerium muss langfristige Abnahmeverträge für die Beschaffung von Munition sowie Ersatzteilen abschließen. Die deutsche Rüstungsindustrie kann bei Produkten, die unter das Kriegswaffenkontrollgesetz⁵ fallen, nicht in Vorleistung gehen und auf Vorrat produzieren. Die Herstellung ist nur möglich, wenn eine feste Abnahmegarantie in Form von Aufträgen vorliegt. Nur mit einer soliden Auftragslage kann gewährleistet werden, dass die Industrie die Produktionslinien für die von der Bundeswehr verwendeten Waffensysteme langfristig erhalten kann.

Zudem wären wichtige Schritte, die sog. Zivil-Klausel abzuschaffen und für alle Forschenden an Universitäten und Hochschulen die Förderung mit Drittmitteln und anderen Finanzierungsquellen zu sichern, sollten sie sich zur Forschungsk Kooperation mit der Rüstungsindustrie entschließen. Eine enge Kooperation zwischen Industrie und akademischer Forschung könnte dabei helfen, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu stärken und die Bundeswehr für die Kriege der Zukunft zu rüsten. Die finanziellen Mittel aus der Rüstungsindustrie können zudem dabei helfen, den Forschungsstandort Deutschland in zahlreichen Disziplinen international noch konkurrenzfähiger zu machen.

3. Rüstungsindustrie aufwerten

Die deutsche Rüstungsindustrie leidet an ihrem schlechten Image. Berufliche Tätigkeiten in diesem Bereich genießen gesellschaftlich einen niedrigen Stellenwert. Weder die Industrie selbst noch die Regierungen haben in den vergangenen Jahren die Funktion und Notwendigkeit des Industriezweiges hinreichend erläutert und die Branche damit aufs Abstellgleis geschoben. Daher muss die deutsche Rüstungsindustrie aus der Schmutzdecke herausgeholt und klar kommuniziert werden, dass sie ein elementarer Baustein deutscher und europäischer Sicherheit ist.

Dazu gehört auch, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen sollte, die Rüstungsindustrie in die EU-Taxonomie aufzunehmen und somit als nachhaltig einzustufen.⁶ Die Klassifizierung als nicht nachhaltig verkennt die unmittelbare Korrelation zwischen der Sicherheit Europas und der nachhaltigen Entwicklung der europäischen Staaten in einem „sicheren“ Europa.

Da Investitionen in die Rüstungsindustrie als nicht nachhaltig gelten, finden die Unternehmen der Rüstungsbranche immer weniger Banken und Versicherungen, die bereit sind, Kredite zu gewähren und Unternehmensrisiken abzusichern.⁷ Die kreditfinanzierte Vorfinanzierung der Produktion ist für die Unternehmen der Branche aber überlebenswichtig. Da aber immer mehr Banken die Kreditvergabe an Rüstungsunternehmen ganz ablehnen oder nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen zulassen, verschlechtern sich die unternehmerischen Bedingungen für die Rüstungsindustrie zusehends. Banken, die der Branche noch Kredite gewähren, erheben teils sehr hohe Zinsen. Staatliche Finanzierungsmodelle, wie Bürgschaften des Bunds, bringen für die Betriebe oftmals noch unattraktivere Zinsmodalitäten mit sich. In Deutschland und der gesamten EU muss ein neues Narrativ geschaffen werden: Investitionen in die heimische, europäische Rüstungsindustrie sind ein aktiver Beitrag zur Sicherheit Deutschlands und Europas.

Die Pflichten der Rüstungsindustrie

Im Gegenzug zu einem klaren positiven Bekenntnis zur Rüstungsindustrie muss die Bundesregierung zentrale Forderungen an die Rüstungsindustrie stellen. Sobald verlässlich Planungssicherheit in Form von Rahmenverträgen herrscht, muss sich die Industrie dazu verpflichten, Produktionskapazitäten für Waffensysteme, Ersatzteile und Munition, die von der Bundeswehr eingesetzt werden, langfristig vorzuhalten. Die Industrie könnte Fertigungskapazitäten in Zeiten, in denen die zusätzlichen Produktionsfähigkeiten nicht benötigt werden, stilllegen, statt sie abzubauen. Hierfür könnten steuerliche Vorteile oder andere Entlastungen staatlicher Seite als Anreiz dienen. Außerdem sollte die Industrie dazu aufgefordert werden, zuverlässige, aber dafür einfachere Waffensysteme zu entwickeln. Die Idee ist dabei, in Zukunft über Waffensysteme zu verfügen, die effektiv und zuverlässig sind, jedoch das Personal relativ schnell gefechtsicher daran ausgebildet werden kann. Das spart Zeit.

Zeit ist ein entscheidender Faktor bei der Kriegsführung. Je länger ein Konflikt andauert, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Personen zum Dienst an der Waffe eingezogen werden, die entweder nur Grundwehrdienst geleistet haben oder überhaupt noch nie in Kontakt mit dem Militär gekommen sind. Daher müssen Waffensysteme verfügbar sein, deren Bedienung schnell erlernbar ist. Diese Systeme könnten das Rückgrat des deutschen Rahmennationenkonzepts werden, da sie sich hervorragend zur Unterstützung von Partnernationen eignen würden, die in einem Konflikt stehen oder unmittelbar davor sind.

Ein weiterer Vorteil von einfacheren Systemen wäre, dass die Produktionsgeschwindigkeit schneller erhöht werden kann. Generell muss das Signal an die Industrie sein, dass KI und die Integration moderner Benutzerschnittstellen hilfreich sind, den militärischen Auftrag zu erfüllen. Diese Technologien sind aber kein Ersatz für eine umfassende Ausstattung an Munition und einsatzbereitem (Groß-)Gerät, um in einem Konflikt höchster Intensität zu bestehen.⁸

Wir können uns keine Berührungsängste mit unserer Rüstungsindustrie mehr leisten

Deutschland und Europa brauchen eine leistungsfähige Rüstungsindustrie, um in Zeiten der Polykrise in und um Europa überlebensfähig zu sein. Dafür müssen die Rahmenbedingungen von Seiten der Bundesregierung und der EU so gestaltet werden, dass die Rüstungsindustrie dieser Verantwortung nachkommen kann. Die Gewährleistung der Sicherheit Europas kann nur gelingen, wenn auch die Rüstungsindustrie ihren Pflichten nachkommt: Die Bereitstellung von ausreichend Produktionskapazitäten sowie die Entwicklung von schnell produzierbaren und einfachen zu beherrschenden Waffensystemen sind für den Beitrag Deutschlands zur Glaubwürdigkeit der Beistandsversprechen in NATO und EU und zur effektiven Abschreckung unerlässlich.

-
- ¹ Im ersten Halbjahr 2022 entfielen 75,5 % aller Rüstungsexporte auf EU-, NATO- oder der NATO-gleichgestellte Länder, vgl.: „Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im ersten Halbjahr 2022“, online unter: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2022-1.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (zuletzt abgerufen am 20.11.2023).
 - ² Die Rüstungsindustrie der Vereinigten Staaten hat im Zeitraum von 2018-2022 allein 40% Marktanteil der globalen Rüstungsexporte. Frankreich zeichnet für 11% aller konventionellen Waffenexporte im gleichen Zeitraum verantwortlich. Der deutsche Marktanteil lag bei bescheidenen 4,2%. Vgl. STATISTA: „Marktanteile am Export von konventionellen Waffen nach Nationen im Zeitraum von 2018 bis 2022, online unter: [Marktanteile am Export von konventionellen Waffen nach Nationen bis 2022 | Statista](#) (zuletzt abgerufen am 26.11.2023).
 - ³ Die Vereinigten Staaten verfolgen bereits seit der Nixon-Ära diese Politik im Nahen Osten. Durch Waffenverkäufe bspw. an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sichert sich Washington nachhaltig Einfluss in der Region. Auch im Interesse des Verbündeten Israels – die Vereinbarung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Abu Dhabi und Israel wurden durch ein großes Rüstungsgeschäft zwischen Washington und den Emiraten flankiert. Vgl.: Krüger, Paul-Anton: „Neuer Golfkurs ohne Trump“, *Süddeutsche Zeitung*, online unter: [Biden stoppt Waffenlieferungen an Saudi-Arabien - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#) (zuletzt abgerufen am 26.11.2023).
 - ⁴ Vgl. Atzpodien, Hans Christoph: „Halbzeit der „Ampel“- Legislaturperiode. Anliegen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bis zur Wahl 2025, in: *Europäische Sicherheit & Technik* (10/2023), S. 11-13.
 - ⁵ Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen)
 - ⁶ Vgl. Pugno, Aurélie: „EU-Rüstungsindustrie möchte als „nachhaltig“ eingestuft werden, in *Euractiv.com* vom 27.6.2023, online unter: [EU-Rüstungsindustrie möchte als 'nachhaltig' eingestuft werden – EURACTIV.de](#) (zuletzt abgerufen am 20.11.2023).
 - ⁷ Vgl. Bernau, Patrick: „Panzer sind nachhaltig“, in *faz.net* vom 31.01.2023, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/kommentar-zu-ruestungskonzernen-in-der-esg-taxonomie-der-eu-18635046.html> (zuletzt abgerufen am 20.11.2023)
 - ⁸ Vgl. Timm, Nadine: „Zeitenwenden...“, in *InfoBrief Heer* (2/April 2022), S. 9-10.

Impressum

Der Autor

Alexander Schuster ist seit Oktober 2022 Referent für Europäische Sicherheit bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er war davor Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Internationale Politik und Transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Alexander Schuster

Referent für Europäische Sicherheit
Abteilung Analyse und Beratung, Internationale Politik und Sicherheit

T +49 30 / 26 996-3645

alexander.schuster@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2023, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).